

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Sonnabend, den 14. Februar 1885.

№ 19.

Zwei Systeme.

Der letzte Tag der Zolltarifdebatte hat uns in der Rede des Abgeordneten Bamberger und deren Beantwortung durch den Reichskanzler einen reichen Gewinn gebracht. Hier standen nicht zwei Persönlichkeiten, von denen der Eine den Andern durch Redekünste und Argumente zu übertrumpfen suchte, im Kampfe mit einander, sondern zwei Systeme, zwei Weltanschauungen, zwei einander völlig entgegengesetzte Principien, die gewissermaßen von ihren Hauptrepräsentanten in's Gefecht geführt wurden. Und dieser Kampf hat für jeden unbefangenen Beobachter, welcher den Werth und die Bedeutung des einen und des andern Systems abzuwägen vermag, soweit Gründe überhaupt zu entscheiden vermögen, zu einem vollständigen Triumph der von dem Fürsten Bismarck vertretenen Weltanschauung geführt.

Der Gegensatz „Freihandel und Schutz Zoll“ wurde von beiden Rednern gewissermaßen in ihrem Grundwesen und in ihren letzten Konsequenzen erörtert. Herr Bamberger, der ruhig und gemäßigt, ernst und wissenschaftlich sprach, deckte in seiner wohlbedachten Darstellung wider Willen die größten Schattenseiten des Gedankensystems, als dessen treuer Anhänger und Verteidiger er sich seit einem Menschenalter weiß, auf: er kämpft für eine von der realen Welt der Dinge völlig losgelöste, in der Luft schwebende abstracte Theorie. Fürst Bismarck dagegen richtet sein Gedankensystem nach den Interessen und Bedürfnissen der praktischen Welt, er rechnet nicht mit phantastischen, bestechenden schönen Ideen, sondern mit den Erfahrungen der Wirklichkeit, denen er sich als praktischer Staatsmann anpaßt und aus denen er allein Sicherheit zur Behandlung der praktischen Aufgaben des Staatslebens schöpft. Herr Bamberger hat sein System schon lange in der Tasche und wartet ruhig ab, wie sich die reale Welt der Dinge dazu verhalten wird, — er will keinen Eingriff in diese Dinge, so trostlos sie ihm erscheinen, selbst dann nicht, wenn darüber die Welt zu Grunde geht. Fürst Bismarck aber kann sich als Staatsmann diesen Luxus des Zusehens und Abwartens nicht gestatten, er spürt den Ursachen der Leiden und Schmerzen des Volkes nach und trägt ihnen Rechnung, selbst wenn dadurch alte oder vielmehr veraltete „Wahrheiten“ zu Grunde gehen sollten. Herr Bamberger erblickt „den Zweck der ganzen Cultur“ darin, was für die Bedürfnisse des Lebens nothwendig ist, möglichst billig herzustellen. Was für ein herrlicher, humaner Grundsatz! Wer sollte ihm nicht beipflichten! Der praktische Staatsmann aber erkennt und beweist die völlige Haltlosigkeit desselben. Es wäre ja herrlich, wenn wir Brod für einen Spottpreis bekommen und uns die Schuhe und Kleider wie die Cocosnüsse in den tropischen Ländern umsonst von den Bäumen pflücken könnten, — ein Ziel aufs Innigste zu wünschen! Aber eine derartige „Cultur“ würde zu richtiger Barbarei führen. Der Reichskanzler hat dies mit schlagenden Beispielen bewiesen. Wenn wir dahin kommen, daß der Centner Roggen nur noch 1 Mark kostet, dann geht erstens unsere Landwirthschaft, nicht nur der große Grundbesitz, sondern auch der kleine Besitzer und ländliche Arbeiter zu Grunde, sodann aber auch die ganze Industrie mit ihren Arbeitern, weil sie in der landwirthschaftlichen Majorität der Bevölkerung keinen kaufkräftigen Abnehmer mehr finden würde. Wer billiges Brod verlangt, kann aber ebenso billige Schuhe und Kleider und ähnliche Bedürfnisse verlangen! Dann aber werden unsere Schuhmacher und Schneider, ebenso aber auch alle übrigen Handwerker und die Fabrikanten zu Grunde gehen, — kurz das Eldorado billiger Preise ist der Ruin für das ganze Volk, diese Cultur eine wahre Barbarei.

Die Konsequenzen liegen auf der Hand: wir müssen die Productivstände schützen, damit sie etwas verdienen, wir dürfen

selbst vor höheren Preisen nicht zurückscheuen, wenn dadurch dem Zusammenbruch des Ganzen vorgebeugt werden kann. Die Landwirthschaft, von der sich die Majorität der Bevölkerung nährt, muß aber ganz besonders geschützt werden, weil sie durch die Gesetzgebung der letzten 30 Jahre in einer das sociale Gleichgewicht gefährdenden, den Staat ernstlich bedrohenden Weise zum Vortheil der anderen Gewerbe belastet und ausgebeutet ist. Selbst die Gefahr höherer Lebensmittelpreise darf nicht davor zurückschrecken.

Es bedarf nur der Gegenüberstellung dieser beiden Systeme, um jeden einsichtigen Menschen davon zu überzeugen, auf wessen Seite die Vernunft und die Wahrheit ist. Die glänzende Rede des Reichskanzlers, welcher das System des Gegners ins Absurde führte, wird das Land davon überzeugen, daß das von Bamberger und dem „Freisinn“ vertretene System ein Wolfenkuksheim ist.

Bierbank - Polemik.

Die leidige Gewohnheit, ernsthafte Dinge mit leichtem Scherzwort abzutun und dem Leser statt sachlicher Erörterungen wohlfeile Späße zu bieten, ist nirgend so tief eingewurzelt wie in Deutschland, speciell in Norddeutschland. Sind auch die Zeiten der politischen Tonangeberschaft gewisser „vorgeschnittener“ Witzblätter vorüber, so giebt es doch immer noch Leute, die gewonnenes Spiel zu haben glauben, wenn sie die Lacher auf ihre Seite ziehen, und die demgemäß mit Witz bei der Hand sind, wenn sie es zu anderer Sachbehandlung nicht zu bringen vermögen.

Bis zu welchem Maße von Gedanken- und Gewissenlosigkeit man es auf diesem Wege bringen kann, beweist die letzte Nummer des Hermes-Parisius-Richter'schen „Reichsfreundes“. Das Leiborgan des Erfinders der „Schnaps- und Schweinepolitik“ hat über das neueste Weißbuch beitr. die deutschen Erwerbungen auf Neu-Guinea und dem Neubritannischen Archipel Nichts weiter zu sagen, als daß die in diesen Gegenden ansässig gewordene deutsche Handels- und Plantagengesellschaft ihre Geldgeschäfte durch die Firmen Bleichröder und Hansemann besorgen läßt und daß es demgemäß zweckmäßig sein würde, diese Colonialbesitzungen „Bleichröder-Rüste“ und „Hansemann-Insel“ zu nennen. Dieser Einfall wird in einer vier Spalten langen Auseinandersetzung breit getreten und der Leser daran gewöhnt, ein wichtiges und ernsthaftes deutsches Interesse unter den Gesichtspunkten des Bierwizes zu behandeln. Nebenbei wird durch nicht direct faßbare, aber durchaus unverständliche Anspielungen zu verstehen gegeben, die gesammte deutsche Colonialpolitik laufe im Grunde auf einen plumpen Berliner Börsenschwindel, auf ein Kunststück heraus, mit dessen Hilfe ein halbes Duzend großer Geldleute aus den Taschen des Staates, der Steuerzahler und der armen Leute bereichert werden sollen.

In der Meinung des deutschen Volks und in der Schätzung Europas, steht die Politik, welche die Welt umgestaltet, den Weltfrieden gesichert und Deutschland auf eine ungeahnte Stufe internationaler Bedeutung gehoben hat, zu unerschütterlich fest, als daß derselben durch im Kesselflickertone vorgetragene Verunglimpfungen und Verdächtigungen beigegeben werden könnte. Diese Politik geht ihren Weg ruhig weiter, indem sie es der Zeit überläßt, die Masse der Menschen über die moralische Beschaffenheit derjenigen zu belehren, die in Tagen großer geschichtlicher Entscheidungen zu niedrigen Insinuationen Zeit und Lust übrig gehabt haben.

So will der Spitz aus unserm Stall
Uns immerfort begleiten,
Und seines Bellens lauter Schall
Beweist nur, daß wir weiter reiten.

Die socialdemokratischen Arbeiterschutz-Vorschläge.

Das von der socialdemokratischen Reichstagsfraction ausgearbeitete Arbeiter-Schutzgesetz zerfällt in zwei deutlich unterschiedene Gruppen. Die eine Hälfte derselben soll der Welt beweisen, daß die socialdemokratische Fraction praktisch erreichbaren Zielen nachstrebt, die Bedürfnisse der industriellen Arbeiter kennt und zu jeder Hilfe und Besserung bereit ist, die sich unter den gegebenen Verhältnissen durchführen läßt. In diesem Sinne ist eine Anzahl von Vorschlägen gemacht worden, die sich von denjenigen der übrigen Parteien nicht allzusehr entfernen und über die sich verhandeln lassen wird. Auch da, wo man der Meinung ist, der vorgeschlagene allgemeine zehnstündige Arbeitstag, das beantragte Verbot regelmäßiger Nacht- und Sonntagsarbeit und die vollständige Ausschließung der gewerblichen Beschäftigung von Personen unter 14 Jahren ließen sich ohne Weiteres nicht durchführen und würden im Falle rückwärtsloser Durchführung den Arbeitern selbst zum Schaden gereichen, — wird man einräumen müssen, daß die bezüglichen Einrichtungen der Besserung fähig und bedürftig sind, und daß der Versuch, der Möglichkeit solcher Verbesserungen nachzugehen, des Schweißes der Edlen wohl werth ist. Auf ein zu Viel oder zu Wenig der im Einzelnen gemachten Vorschläge kommt es dabei nicht an, sondern allein darauf, daß die Aufmerksamkeit der Gesetzgeber auf die wirklich wunden Punkte gelenkt und daß eine Reform versucht werde, welche die ein Mal gegebenen Grundlagen des öffentlichen Zustandes unverletzt läßt.

Scheinbar ist das auch mit der zweiten Hälfte des von der socialdemokratischen Fraction aufgestellten Programms der Fall. An und für sich betrachtet, ließe die vorgeschlagene Organisation von einigen hundert (aus Erwählten der Arbeiter und Arbeitgeber zusammengesetzten) „Arbeitskammern“ und „Arbeitsämtern“ für Bezirke von je 200 000 bis 400 000 Einwohnern und die Errichtung eines obersten Reichsarbeitsamtes sich auch in dem heutigen Deutschland in Ausführung bringen. Von Abschaffung des sonst als Wurzel aller Uebel behandelten Lohnsystems ist bei diesen Vorschlägen ebenso wenig die Rede, wie von einem Ansprüche der Arbeiter auf den „Unternehmer-Gewinn“ oder von Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch die Arbeiter allein. Im Gegentheil werden die Arbeitgeber wie Leute behandelt, die bei Regelung der Verhältnisse der Industrie und ihrer Zugehörigen zureden haben; in den „Arbeitskammern“ sollen Arbeitgeber und Arbeiter vertreten sein, in den aus den Wahlen dieser Kammern hervorgegangenen Arbeitsämtern und in den von diesen zu bildenden Schiedsgerichten beide Parteien zu Worte kommen. „Wir sind ruhige und loyale Leute“ scheinen die Abgg. Bebel, Auer und Genossen den Wählern sagen zu wollen, „Leute, die man mit Unrecht für Feinde des Kapitals und der bestehenden Gesellschaftsordnung ausgiebt. Wir wissen, daß Rom nicht in einem Tage gebaut ist und geben uns darum mit Einrichtungen zufrieden, die sich auf dem Boden der bestehenden Arbeitsordnung bewegen.“

Auf den ersten Blick scheint das in der That so. Sieht man indessen näher zu, so wird man gewahr, daß es sich um einen großen und unformlichen Apparat handelt, der sich schlechterdings nicht in Bewegung setzen ließe und daß Vorschläge gemacht werden, an deren Ausführbarkeit die Urheber selbst nicht glauben. Ob die Herren es auf eine Beweisführung dafür abgesehen haben, daß unter den gegebenen Verhältnissen jede „ernsthafte“ Reform unmöglich sei, oder ob sie einfach ihren Wählern Sand in die Augen streuen wollten, wissen wir nicht. Dafür aber, daß der „organisatorische“ Theil der socialdemokratischen Vorschläge auf Dinge herauskommt, die, wenn sie ausgeführt würden, an sich selbst zu Grunde gehen müßten, werden wir in einem folgenden Artikel den Beweis antreten.

Für den Kornzoll!

Aus der Rede des Reichskanzlers Fürsten Bismarck vom 12. Februar 1885.

(Nach dem Abgeordneten Bamberger.)

(Der Standpunkt des Gehenslassens.) Der Herr Vorredner steht nach seinen Aeußerungen im Allgemeinen den Leiden seiner Mitmenschen

mit einer gewissen Kaltherzigkeit gegenüber; er betrachtet sie mehr vom wissenschaftlichen Standpunkt, ich will nicht sagen, wie ein Vivisektor, aber doch wie ein Sektor. Er legt uns die Schmerzen, welche der Körper unseres Volkes empfindet, auseinander als ganz natürliche, denen man leider nicht abhelfen kann; er theilt uns mit, wie es ganz natürlich ist, daß, wenn man auf diesem Theil des Körpers einen Schmerz hervorruft, derselbe eine Nervencontraction auf der anderen Seite bewirkt, wie man das im Auditorium an lebenden Kaninchen ja beobachten kann. Aber er hat keine Hilfe, als das ruhige Abwarten, er legt dem Staate und der Gesetzgebung auch nicht das Recht bei, zu prüfen, zu versuchen, ob geholfen werden kann, und mit Ihnen zu berathen, wie das etwa geschehen könne. Er ist in einer traurigen Resignation; das Rismet ist eben: die Ueberproduktion; es muß ausgestanden und muß abgewartet werden, es kann vieles darüber verhungern, es kann vieles darüber zu Grunde gehen, aber der Staat ist hilflos.

(Die Noth der Landwirtschaft.) Was mich bei der Rede des Herrn Abg. Bamberger in dem unsympathischen Eindruck gerade bestärkte, das waren einige Aeußerungen, wie z. B. die, daß die Landwirtschaft nicht allein nothleidend sei. Es fiel mir unwillkürlich dabei das Wort im Faust ein: „sie ist die erste nicht“. (Heiterkeit.) Sie werden wissen, wo das steht, — die zu Grunde geht nämlich. Aber die Landwirtschaft ist in höherem Maße nothleidend als alle anderen. Ich gebe übrigens nicht zu, daß alles Andere nothleidend ist. Wie kommt der Herr Abgeordnete darauf, dies vorauszusetzen? Ueberproduktion ist gewiß in allen Branchen, und wir bemühen uns, unser Vaterland gegen die Folgen dieser Ueberproduktion nach Möglichkeit zu schützen, indem wir ihm wesentlich den inländischen Markt zu wahren suchen, damit wir nicht auch den noch mit anderen zu theilen haben. Aber diese Ueberproduktion hindert nicht, daß in den meisten Branchen der nationalen wirtschaftlichen Thätigkeit ein entschiedener Fortschritt und ein größeres Beharren, als zur Zeit vor der letzten Zollgesetzgebung, bemerkbar ist, und daß auch die Löhne ganz unbedingt steigen. Also es prosperirt fast Alles, außer der Landwirtschaft, außer den ca. 1/3 der Deutschen, die sich der Landwirtschaft widmen. Den übrigen 2/3 geht es gut. Diese 2/3 klagen und verlangen von der Minorität, durch welche sie regiert werden, Abhilfe. Die Abhilfe wird ihnen wiederum von einer Minorität in diesem Reichstage versagt und von der Majorität, hoffe ich, gewährt werden. In allen Lebensbedürfnissen sind die Preise in den 50 Jahren, die ich zurückdenken kann, um das Dreifache gestiegen. Nehmen Sie nur die Gegenstände, die jeder von uns an seinem Körper trägt, vom Kopf bis zum Fuß, in der Kleidung, im Schuhzeug, in den Handschuhen; wir bezahlen das Dreifache. Nur die landwirtschaftlichen Produkte sind durchschnittlich auf demselben Preise, ja niedriger als sie vor 50, 30, 20 Jahren gewesen sind; bei der Landwirtschaft sind nur gestiegen die Produktionskosten und die Steuern, — diese ganz erheblich. Wie sollte man da nicht sagen, daß der schweigende, von den Verbindungen mit Zeitungen und Behörden entfernt lebende Landwirth mit der Zeit ins Hintertreffen gekommen ist? Er ist geduldig, er hat geschwiegen, er ist vergessen worden. Artige Kinder fordern nichts, artige Kinder kriegen nichts. (Heiterkeit rechts.) Also die Landwirtschaft ist vergleichungsweise in der That allein nothleidend, insofern widerspreche ich dem Herrn Vorredner; Nichts ist in dem Maße nothleidend wie die Landwirtschaft, der nur ihre Lasten und nicht ihre Einnahmen nach Verhältniß des sinkenden Geldwerthes gestiegen sind.

(Die Ueberbürdung der Landwirtschaft.) Dann sagt der Herr Abgeordnete, der Staat könne der Landwirtschaft „blutwenig“ helfen, das heißt, er sagt mit Umschulzucken: sie muß eben zu Grunde gehen, nicht nur die jetzigen Besitzer, sondern die Landwirtschaft im Allgemeinen, denn gegen die wohlfeile Concurrnz, der wir ausgesetzt sind, können auch künftige Besitzer, wenn sie die jetzigen wohlfeil ausgekauft haben, nicht bestehen. Was ist nun aber das, was der Staat thut, wenn er „blutwenig“ helfen kann? Er legt der Landwirtschaft seit 30 Jahren ununterbrochen steigende Lasten auf (sehr richtig! rechts) an Steuern, an Leistungen jeder Art, für den Staat, im Fuhrwesen, in Wegebauten, im Gemeindedienste u. s. w. Der Staat bürdet immer mehr Anstrengungen, die er selbst zu leisten hätte, auf die Gemeinden ab; das Alles, weil er der Landwirtschaft „blutwenig“ helfen kann! Ist gegenüber dieser stiefmütterlichen oder stiefväterlichen Behandlung der Landwirtschaft seitens des Staates denn wirklich gar keine Reparation und gar keine Ausgleichung möglich? Ich meine, doch wenigstens darin, daß der Staat einen Theil der Lasten, die er der Landwirtschaft auferlegt hat, in der Zeit, wo es ihr „blutwenig“ helfen kann, wieder rückgängig macht, und daß er nicht dieselbe Ungerechtigkeit, die einmal damit begangen ist, täglich und jährlich sich erneuern läßt dadurch, daß die Grundsteuer und die Häusersteuer, die Lasten auf dem Grundbesitz den Hauptmaßstab für alle kommunalen Zuschläge bilden. Die einmalige ungerechte Lastenvertheilung, die in diesen feststehenden Steuern, in dieser Confiscation eines Theiles der Häuser und des Grundbesitzes zu Gunsten des

Staates lag, wird dadurch vermehrt und vervielfältigt, daß die stets wachsenden Gemeindefasten nur diesen Zuschlagsmaßstab haben und keinen anderen. Ich bekämpfe deshalb in meiner Eigenschaft als Minister des preussischen Landes so viel wie möglich jeden Versuch, auf diese feststehenden, an und für sich zu dem Vermögen in keinem Verhältniß stehenden Lasten neue Zuschläge zum Nachtheil des Grundbesitzes einzuführen. (Bravo! rechts.) Also so ganz „blutwenig“ kann der Staat doch nicht helfen, er kann sogar einen Theil der Lasten, die er der Landwirthschaft aufgebürdet hat, mit Leichtigkeit abbürden, sogar auf das Ausland, indem er durch die Kornzölle dem ausländischen Getreideproduzenten wenigstens eine annähernde, wenn auch noch sehr viel geringere Last auflegt, wie diejenige, die die Staatsregierung und ihre Gesetzgebung seit 30 Jahren der inländischen Kornzeugung aufgebürdet hat. Sind denn alle die Grundsteuern, alle die Lasten, die ich vorher andeutete, ohne sie aufzählen zu können — ich habe sie nicht im Gedächtniß —, sind denn die nicht alle ein nothwendiges Mittel der Vertheuerung des inländischen Getreidebaues, Lasten, die die 3—400 Millionen Centner treffen, die wir im Lande bauen, im Vergleich mit den 30—40 Millionen Centnern, die wir vom Auslande importiren? Es sind die Lasten, die auf der Landwirthschaft lasten, allein in Preußen auf über 100 Millionen Mark zu veranschlagen, die aus den Producten der Landwirthschaft bezahlt werden müssen, — einige 60 Millionen Staatslasten und mindestens 40 Millionen Zuschläge dazu. Wenn ich die übrigen deutschen Bundesstaaten auch nur im Verhältniß ihrer Volkszahl hinzurechne, was aber nicht ausreicht, da sie im Verhältniß wohlhabender sind, so komme ich auf 160—170 Millionen Mark, die auf dem inländischen Körnerbau ruhen, und die doch auch sicherlich nicht den Zweck und die Wirkung haben können, das Getreide für den armen Mann und den Arbeiter wohlfeiler zu machen. Eben so gut kann ich sagen, schaffen Sie im Interesse des Arbeiters, damit er wohlfeileres Brot zu essen bekommt, die Grundsteuer ab! Ich verlange das nicht, aber ich sage, es wäre gerade so berechtigt, wie Ihre Forderung, das ausländische Getreide mit dem inländischen gleichzustellen.

(Nothwendigkeit der Preissteigerung.) Der Herr Abgeordnete hat unter Anderem auch gesagt, es werde bestritten, daß der Preis des Getreides steigen würde. Ja, meine Herren, ich bestreite das nicht gerade; ich bin nicht sicher; aber diese Unsicherheit ist eine solche, mit der ein gewisses Bedauern verknüpft ist, wenn ich finde, daß das Ziel nicht erreicht ist; ich wünsche, daß der Preis gesteigert werde; ich halte es für ganz nothwendig, daß er gesteigert werde. (Hört! hört! links.) Ja: Hört. Ich bitte Sie, das auch ganz deutlich zu hören. (Heiterkeit.) Es ist nothwendig, daß es eine Grenze geben muß, wo der Staat mit dem Versuch, den Preis zu steigern eintreten muß. Ich habe das so ausgedrückt, daß ich Sie hat, den Fall zu denken, daß der Preis des Roggens auf 50 \mathcal{R} sänke; oder ich will den Preis nennen, der in der Wirklichkeit in inneren russischen Gouvernements ab und zu vorhanden ist, den Preis von einer Mark. Ist denn nicht ganz klar, daß dann unsere Landwirthschaft vollständig ruiniert würde, nicht weiter bestehen könnte, und mit ihr alle Arbeiter, alle Kapitalisten, die von ihr abhängen; vom Landwirth ganz abgesehen, — aber die Herren Städter würden an den Landwirthen keine Käufer mehr haben, die Arbeiter würden nicht mehr beschäftigt werden können, die Arbeiter würden nach den Städten strömen, kurz und gut, eine nationale Kalamität ist ganz unzweifelhaft, wenn der Preis des Getreides, der täglichen Lebensmittel unter den Satz sinkt, für den es bei uns überhaupt noch gebaut werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Geben Sie das zu, rufen Sie jetzt auch Hört, hört! damit ich mal die Ueberzeugung habe, daß Sie auch für unwiderlegliche Argumente des Gegners eine gewisse Empfänglichkeit haben. Vorhin war Ihr Hört, hört! sehr laut, — jetzt schweigen Sie; ich nehme also an, Sie geben zu, daß es eine Grenze giebt, unter welcher ohne Ruin unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens die Getreidepreise nicht fallen dürfen. (Sehr richtig! rechts.) Es giebt eine Grenze, die der Staat innehalten muß, wenn er große Kalamitäten verhüten will; da hört jede andere Rücksicht auf. Wenn der Roggen bei uns auf einen Preis kommt, für den er nicht mehr gebaut werden kann, so leben wir in verrotteten Zuständen und gehen zu Grunde, das kann durch die aufgespeicherten Kapitalien, von denen wir leben, aufgehalten werden; aber wir schaffen einen unhaltbaren Zustand, das ist so klar, wie $2 \times 2 = 4$, daran ist nicht zu zweifeln. Hiermit ist auch das Prinzip der Kornzölle, der Anwendbarkeit der Kornzölle, ja der Nothwendigkeit der Kornzölle als rettende That für die Erhaltung des wirtschaftlichen Lebens gegeben.

(Die Gefahren billiger Preise für alle Gewerbe.) Wenn es überhaupt volkswirtschaftlich angezeigt ist, die unentbehrlichen Lebensbedürfnisse und aus diesem Grunde das Brot auf einen möglichst niedrigen Preis herunterzudrücken, so kann diese Aufgabe der Gesetzgebung und des Staatslebens nicht beschränkt sein auf das Brot, weil es andere Gegenstände giebt, die ebenso unentbehrlich als Brot für den Armen wie für den Reichen sind. Dazu gehört in erster Linie die Kleidung von Kopf bis zu Fuß mit allen Stoffen, aus denen sie

beschafft wird, also: das Handwerk, der Schneider, der Schuhmacher, das Gewerbe, was Tuch, was Leinwand, was Baumwolle erzeugt und verarbeitet, was zum nothdürftigen Schutz des Armen gegen Witterung dient: warum muß das nicht mit derselben Konsequenz auf den möglichst niedrigen Standpunkt ohne Rücksicht auf die Produzenten heruntergedrückt werden wie das Getreide? (Zuruf links: Gewiß!) — Die Herren sagen: Gewiß. Nun gut, machen Sie das mit den Schustern und den Schneidern aus, die dabei betheiligt sind. Ich habe mir bisher eingebildet, Sie hätten nicht den Muth, denen denselben Handschuh hinzuwerfen, vor dem die Landwirthschaft sich 30 Jahre lang ganz ruhig gebückt hat, weil sie eben auf dem Lande wohnt und nicht die Zugänge zu den Behörden, zu den großen Zeitungen, zu den liberalen Parteien hat wie die Handwerker. Wenn Sie aber auf diese Weise mir mit „gewiß“ antworten, das heißt also: der Schuhmacher, der Schneider, alle Handwerker, der Weber, sollen ebenso im Preise heruntergedrückt werden, daß möglicherweise die Grenze gesucht werden muß: kann er dabei noch bestehen? Daß sie möglicherweise überschritten wird, daß selbst wenn sie überschritten wird, gar keine Rücksicht darauf genommen werden kann, ob diese zahlreichste aller Gewerbsklassen leben oder sterben kann, — ja, meine Herren, dann finden Sie sich mit diesen Gewerbsklassen ab, die wohnen in den großen Städten, die werden Ihr Ohr schon zu finden wissen und Ihr Auge in den Zeitungen. Es ist mir lieb, daß Sie mir mit diesem „gewiß“ — wenn ich nur die Unterschrift dafür hätte, wer das „gewiß“ gesagt hat, dann würde ich dafür sehr dankbar sein — (Zuruf: Dirichlet!) — ach, Herr Dirichlet! Na — — (große Heiterkeit) dann habe ich mich vielleicht umsonst gefreut. Sie glauben das Recht zu haben, vom Landwirth zu fordern, daß er zu Grunde geht, daß 25,000,000 sich opfern, und etwa — ich weiß nicht, wie viel Millionen landwirthschaftliche Arbeiter, ich habe die Ziffer nicht im Kopfe, aber es ist bei Weitem die Mehrzahl — mit geopfert werden, um den sehr viel geringeren, vielleicht 1—2,000,000 städtischen Arbeitern um einen Pfennig das Brot wohlfeiler zu schaffen, daß sie deshalb sich ausschachten sollen, sich wie Curtius in den Abgrund des Vaterlandes stürzen, — das sind die Konsequenzen, zu denen Sie kommen; die können Sie dem Landwirth gegenüber vielleicht 30 Jahre halten, wenn der Bauer sich aber darüber einmal klar wird, daß er der Ambos so viel Jahre lang gewesen ist, dann kriegen Sie das aus seinem Kopf auch nicht mehr heraus, die Landwirthe fangen jetzt an — Dank der Bauernvereine, die gebildet sind — sich darüber aufzuklären, daß sie gut thun, ihre Interessen selbst zu vertreten, selbst sie in die Hand zu nehmen und das nicht den Herren Schriftgelehrten aus den großen Städten zu überlassen, die hinkommen auf das Land, um an den Verfolgungswahn — der ja in unserer Nation statistisch stärker grassirt wie anderswo — an den Verfolgungswahnsinn mit dem Geschrei „Reaction“ zu appelliren: „Hütet euch vor der Reaction! Es ist diese verruchte Raste“, die dann weiter bezeichnet wird: „die jetzt wieder nach der Herrschaft strebt.“ Wir kennen das ja aus Ihren Wahlverhandlungen, theils activ, theils passiv. Der Ausdruck „Reaction“ ist nur ein Appell an den Verfolgungswahnsinn, der sich Gefahren einbildet, die nicht bestehen. Aber wenn der Landwirth und namentlich der kleinere und mittlere Landwirth erst einsieht, daß er genarrt worden ist von diesen Herren lange Zeit, — dann, meine Herren, fangen Sie ihn nicht wieder; der verbrennt sich einmal, aber nicht zweimal. Und ich glaube, es wird dahin kommen, daß die Erkenntniß sich mehr und mehr Bahn bricht — dazu hat namentlich die Berufsstatistik außerordentlich viel gewirkt —, und daß der Landwirth auch sich dadurch ermuthigt fühlt, daß er sieht, er hat die Majorität in der Hand, wenn er nur einig sein und geschlossen gegen diejenigen Stimmen will in den Wahlen, die ihn bisher ausgebeutet, die aus seiner Haut die Riemen geschneitten haben. (Sehr richtig! rechts.) Die verbündeten Regierungen werden schwerlich darauf eingehen, den Handel mit Kleidern, Stiefeln, Tuch, Leder ebenso zu ruiniren, wie die Landwirthschaft ruiniert werden würde, wenn die Fortschrittspartei bei uns am Ruder wäre.

(Das Interesse der Arbeiter.) Auch für den Arbeiter, meine Herren, ist doch die schwerste Krisis, die ihn treffen kann, die, daß der Produktionszweig, in dem er beschäftigt ist, zu Grunde geht. Schlimmer kann es ihm nicht gehen, als wenn er beschäftigungslos, arbeitslos wird, als wenn die Branche, in der er arbeitet, sich einschränken muß. Das vergessen manche Arbeiter im Kampfe mit der Branche selbst; aber die meisten sind sich doch bewußt, daß, wenn sie sie todtmachen, sie eben die Henne abschlachten, von deren Eiern sie leben. So ist es auch mit der Landwirthschaft! Die landwirthschaftlichen Arbeiter wissen es — und bei weitem die meisten Arbeiter stehen in der Landwirthschaft; ihnen nahe kommen höchstens noch diejenigen, die mit der Landwirthschaft sich derartig durchsehen, daß sie von einander leben. Und ebenso wissen der Grubenbesitzer und der industrielle Arbeiter mit der Zeit, wenn sie alt genug sind, daß sie Schaden leiden, wenn es dem Landwirth schlecht geht, wenn Sie den Wohlstand dieser ganzen zahlreichen Branche des Hauptgewerbes des deutschen

Volkes verkommen und verkümmern lassen! Es ist eine ganz andere Calamität, als wenn in irgend einer neu aufgetauchten Industrie eine Calamität auftritt; die ist zwar auch groß, aber sie ist lokal, ihr kann durch Unterstützung geholfen werden; aber die Calamität der Landwirtschaft fühlt der ganze Körper des Volkes, und ein annäherndes Zugrundegehen, ein Krankwerden in der Landwirtschaft, läßt den ganzen Körper des Volkes krank; wenn die Krankheit eine sehr ernsthaft ist, so geht er zu Grunde; das Volk geräth in Verfall, wenn seine Landwirtschaft verfällt. Daß dann der Arbeiter nichts zu leben hat, weil das Product, an dem er in dieser Fabrik arbeitete, keinen Gewinn für den Inhaber mehr bietet; das zeigen die Beispiele der kultivirtesten Länder! Man zerbricht sich vielfach den Kopf über die Calamitäten, die heutzutage in Frankreich sehr viele Arbeiter beschäftigungslos machen; ich bin überzeugt, daß ein Hauptgrund der Arbeiterkrisis in Frankreich, wo — ich weiß nicht ungezählte Hunderttausend augenblicklich brodlos sind — darin liegt, daß der französische Landwirth die Kaufkraft verloren, sich einzuschränken hat; er ist der Hauptabnehmer weit über den Export hinaus; der inländische Handel ist doch immerhin noch größer in seinem ganzen Umfange, und wenn der inländische Käufer in der Masse, wie ihn der Landwirth darstellt, in der Majorität erlahmt, dann müssen nothwendig die Produktionsmuskeln des Landes nachlassen, weil der Verkäufer keine Abnehmer mehr findet. Ich glaube, daß Frankreich nicht unter den Wirkungen der Kriegscalamität, die ein so reiches und arbeitames Land wie Frankreich, längst überwunden hat, sondern unter dem Rückgange seiner Landwirtschaft leidet, unter der Ueberbürdung der Landwirtschaft mit Steuern und der Wohlfeilheit seiner Produkte, die aus überseeischen Ländern, wo kostenlos produziert wird, nach Frankreich hineinströmen, und daß Frankreich uns auf dem Wege der Schädigung, die ein Land durch den Ruin seiner Landwirtschaft erfahren kann, bereits um ein halbes Menschenalter voraus ist. Hüten wir uns, dem nachzufolgen, und remediren wir bei Zeiten! (Bravo! rechts.) Außerdem aber, wenn eine Vertheuerung der Lebensbedürfnisse stattfände, so muß ich doch darauf aufmerksam machen, daß der Arbeiter in Feld und Wald gerade so berechtigt ist zu seinem Lebensunterhalt, wie der Arbeiter in der Stadt.

Die Vivisection.

Infolge eines Erlasses des Kultusministers vom 13. Dezember 1883 haben die medizinischen Fakultäten der preussischen Universitäten sich gutachtlich über die viel erörterte und auch im preuß. Abgeordnetenhaus debattirte Frage der Vivisection ausgesprochen. Sämmtliche Fakultäten sind einstimmig der Ansicht, daß die Vivisection ein unentbehrliches Forschungsmittel ist und daß ohne eine wesentliche Schädigung der medizinischen Wissenschaft auf dasselbe nicht verzichtet werden könnte. Ebenso einstimmig haben die verschiedenen Fakultäten die Frage verneint, ob es möglich sei, die vivisectionischen Vorlesungsdemonstrationen unbeschadet des Verständnisses derjenigen Fragen, in deren Interesse sie geschehen, ganz oder theilweise fortzulassen. Die Berliner Fakultät z. B. beantwortet diese Frage mit einem „entschiedenen Nein“, die Halle'sche ist der Ansicht, „daß nur auf diesem Wege den Studirenden eine Anzahl fundamentaler Thatsachen zur Anschauung gebracht werden könne“. Was weiter die Vorlesungen betrifft, in welchen Experimente an lebenden Thieren gezeigt werden, so wie die Anzahl dieser Experimente selbst, so macht man sich von der letzteren häufig übertriebene Vorstellungen. In Berlin z. B. wurden im Laufe eines Jahres bei den physiologischen Vorlesungen des Instituts-Directors an lebenden Fröschen 15, an Vögeln 1, an Kaninchen und Meerschweinchen 11, an Hunden 2 Versuche vorgenommen: in den pharmakologischen Vorlesungen des Instituts-Directors 10 Versuche an Kaltblütern, 5 an Kaninchen. Der Fakultätsbericht sagt ferner, daß auch in den physiologischen Vorlesungen eines Professors und den pharmakologischen Vorlesungen eines Privatdocenten vivisectionische Demonstrationen angestellt wurden, zumeist an Fröschen, in den Vorlesungen über Gifkunde etwas häufiger an Kaninchen und Meerschweinchen, sehr selten an Vögeln (Tauben), an Hunden überhaupt nur einmal. Zwei Professoren demonstirten außerdem die Operationen des Staares und die künstliche Pupillenbildung an Kaninchen. Nicht viel anders lauten die Ziffern für die übrigen Universitäten der Monarchie. Die Vorbereitungen für die vivisectionischen Demonstrationen werden durchweg vor der Vorlesung im Laboratorium getroffen. Besondere vivisectionische Demonstrationskurse, etwa zur Ergänzung von Vorlesungsversuchen, werden an den Universitäten Bonn, Breslau, Halle, Göttingen, Kiel, Königsberg und Marburg weder von Fachprofessoren noch von Dozenten abgehalten. Nur in Berlin und Greifswald werden außerhalb der Vorlesungen noch Kurse veranstaltet, bei welchen Vivisectionen vorkommen, doch belief sich in Greifswald z. B. der Gesamtgebrauch von Thieren dabei auf nur 40 Stück, von denen überdies die meisten vorher getödtet wurden, um die Demonstrationen an ihren nach dem Tode noch reizbaren Organen vorzunehmen. Ueberall werden zudem bei den

vivisectionischen Experimenten, abgesehen von den seltenen Fällen, wo der Zweck des Versuches direct bereitet werden würde, anästhetisirende (empfindungslos machende Mittel) — Morphium, Chloroform u. A. — angewandt. Die Frage, ob Seitens der Studenten Privatvivisectionen vorgenommen werden, oder Aerzte außerhalb der wissenschaftlichen Universitätsinstitute vivisectionische Untersuchungen anstellen, wird gleichfalls von allen Fakultäten außer der Berliner bestimmt verneint; nur vier Einzelfälle von Privatvivisectionen sind bekannt geworden; die Berliner Universität vermag jedoch über diese Frage keinen sichern Aufschluß zu geben. Ebensovienig sind den Fakultäten Fälle von einem Mißbrauche der Vivisection bekannt geworden. Was endlich die Theilnahme der Studirenden an den vivisectionischen Versuchen betrifft, so mag auch hierfür die Berliner Universität ein Beispiel liefern. Beim physiologischen Institute zählten die mikroskopischen Kurse 115, die chemischen 240 und die speziell physiologischen Kurse 45 Theilnehmer. Unter den letzteren befanden sich nur in den beiden letzten Semestern auch Studirende, bis dahin waren die Theilnehmer meist Aerzte, Doktoren der Medizin, die sich in Berlin zur weiteren Ausbildung aufhielten, und von denen jetzt mehrere bereits im Auslande Professoren sind. Diese allein waren, jedoch nicht Alle und nicht immer, mit vivisectionischen Arbeiten beschäftigt. Von den 652 Zuhörern, welche an den Kursen des pathologischen Instituts Theil nahmen, werden nur ausnahmsweise Studirende zu experimentellen Forschungen zugelassen; die Zahl derselben dürfte sechs in einem Jahre nicht übersteigen. Bei den praktischen Versuchen eines vierstündigen Kollegs, an welchem 341 Studirende Theil nahmen, kamen Vivisectionen überhaupt nicht vor; in dem erst seit zwei Semestern eröffneten Laboratorium haben bisher 13 Praktikanten gearbeitet, von denen zwei zeitweise Thierversuche anstellten.

Aus diesen Berichten hat der Cultusminister die Ueberzeugung gewonnen, daß auf den Landesuniversitäten bei Anwendung und Ausführung der Versuche am lebenden Thier nach maßvollen und billigen Grundsätzen verfahren wird, und daß dabei neben den Interessen der wissenschaftlichen Forschung und des akademischen Lehramtes auch die Anforderungen der Humanität gebührende Beachtung gefunden haben. Um in dieser Richtung auch für die Zukunft allen Zweifeln vorzubeugen, erachtet es der Minister indessen für sachdienlich, die der bisherigen Praxis zu Grunde liegenden Gesichtspunkte durch eine allgemeine Anordnung gegen die Möglichkeit von individuellen Abweichungen sicher zu stellen, welche den medizinischen Fakultäten der Universitäten durch eine Verordnung des Ministers vom 2. Februar des Jahres zur Kenntniß gebracht worden ist. Danach sollen Versuche am lebenden Thier nur zu ernstlichen Forschungs- oder wichtigen Unterrichtszwecken vorgenommen werden, und sind Thierversuche in den Vorlesungen nur in dem Maße statthaft, als dies zum vollen Verständnisse des Vorgetragenen nothwendig ist. Die operativen Vorbereitungen zu den Vorlesungsversuchen sollen in der Regel noch vor Beginn der eigentlichen Demonstration und in Abwesenheit der Zuhörer bewerkstelligt werden. Weiter dürfen Thierversuche nur von den Professoren und Docenten oder unter deren Verantwortlichkeit ausgeführt werden. Versuche endlich, welche ohne wesentliche Beeinträchtigung des Resultats an niederen Thieren gemacht werden können, dürfen nur an diesen und nicht an höheren Thieren vollzogen werden, in allen Fällen aber, in welchem es mit dem Zwecke des Versuches nicht schlechterdings unvereinbar ist, müssen die Thiere vor dem Versuche vollständig und in nachhaltiger Weise betäubt werden.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Der Kaiserliche Statthalter in Elsaß-Lothringen, General Feldmarschall von Manteuffel hat ein „ärztliches Gutachten über das Elementarschulwesen Elsaß-Lothringens“ von einer Commission medizinischer Sachverständiger eingeholt und dasselbe veröffentlichen lassen. Das Gutachten ist jetzt im Verlage von N. Schulz und Co. zu Straßburg i. E. als Druckschrift erschienen. Der preussische Cultusminister hat durch eine Verfügung vom 27. Januar d. J. die Provinzial-Schulcollegien veranlaßt, die Seminardirectoren auf diese wichtige Schrift aufmerksam zu machen.

Politische Tagesfragen.

Der Bundesrath hat sich am Donnerstag damit einverstanden erklärt, daß auf der Grundlage des zwischen Preußen und Rußland abgeschlossenen Auslieferungsvertrages ein solcher zwischen dem deutschen Reiche und Rußland abgeschlossen werde.

Von der Reichspartei ist im Reichstage ein sogen. Sperrgesetzentwurf eingebracht worden, durch welchen die Zölle auf Getreide, Mühlenfabrikate und Schaumweine durch sofortige Anordnung des Reichs-

Hierzu eine Beilage.

kanzlers in derjenigen Höhe in vorläufige Zahlung gesetzt werden können, welche der Reichstag bei der zweiten Lesung der Zolltarifnovelle genehmigt hat oder noch genehmigen wird.

Die Budgetcommission des Reichstages hat die Nachtragsforderung für die Schutzgebiete in Afrika (für Remunerirung von Beamten und Ausführung nothwendiger Bauten 248 000 Mk.) genehmigt.

Die Commission für das Postsparkassengesetz hat die erste Lesung des Entwurfs beendet. Das Ergebnis derselben ist, daß zwar die Annahme von Spareinlagen durch die Post beschlossen, aber darüber, was mit den eingehenden Geldern gemacht werden soll, nichts gesagt ist. Hiernach ist die langwierige Arbeit der ersten Lesung vergeblich gewesen. Es steht nun freilich noch eine zweite Lesung des Entwurfs in der Commission bevor, und es ist nicht ausgeschlossen, daß dort ein anderes Resultat erzielt wird.

Dem Reichstage ist eine vom Kaiserlichen Statistischen Amt ausgearbeitete Zusammenstellung des Ergebnisses der Reichstagswahlen im Jahre 1884 vorgelegt worden. Wir entnehmen derselben die interessante Thatsache, daß es in ganz Deutschland 9 382 792 wahlberechtigte Wähler gab und daß hiervon nur 5 836 168 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, also 59,3 Procent sämmtlicher wahlberechtigter Wähler. Auf die gewählten Abgeordneten sind aber nur die Stimmen von 39,4 Procent sämmtlicher wahlberechtigter Wähler gefallen, auf die durchgefallenen Candidaten fielen 19,9 Procent. Der Reichstag vertritt also 39,4 Procent, also rund zwei Fünftel der wahlberechtigten Wähler, und da letztere selbst nur den fünften Theil des ganzen Volkes bilden, vertritt die Volksvertretung nur etwa $\frac{2}{5}$ des gesammten Volkes. Die parlamentarische Entscheidung wird aber fast nie von den sämmtlichen Vertretern dieser zwei Fünftel getroffen, sondern besten Falls, anstatt von 400, von 300 oder 250 Abgeordneten, und da Einstimmigkeit fast nie erreicht wird, meist nur von der größeren Hälfte der Repräsentanten dieser zwei Fünftel des Volkes, die große Mehrheit des Volkes bleibt also dabei factisch unvertreten. Schäffle sagt in seiner Brochüre über „die Ausichtslosigkeit der Socialdemokratie“ auf Grund einer ähnlichen Berechnung, daß hierbei doch von einer eigentlichen Verwirklichung des „Volkswillens“ nicht die Rede sein kann: „Es giebt vielerlei staatliches Wollen im Volke beim Wählen, es giebt gleichartige Strömungen auf dem wilden Meer der Wahlbewegung (allerdings mit zahllosen Strudeln darin), aber es giebt keinen andern einheitlichen Willen des Volkes als denjenigen der berufenen Staatsgewalten, von welchen die Volksvertretung in der constitutionellen Monarchie ein Glied und Theil ist.“ Das heißt, nur ein Glied und Theil ist, obgleich sie oft den einheitlichen Willen des Volkes darzustellen für sich allein in Anspruch nimmt.

Mit welchen Schwierigkeiten die süddeutschen Landwirthe zu kämpfen haben, dafür zeugt die aus den Hohenzollernschen Landen uns zugehende Mittheilung, daß die Marktpreise sich beim Centner Weizen 1 M 50 A unter den Produktionskosten stellen sollen. Kein Wunder, daß man nach Schutzzöllen verlangt. Unter den schlechten Verhältnissen der Landwirthschaft leiden vor allen Dingen Handwerk und Kleinhandel, die nicht, wie die Fabriken, für den Export arbeiten können. Diese zeigen im Gegentheil einen erfreulichen Aufschwung.

Wie überall, klagt man auch im Reg.-Bez. Köln über den niedrigen Stand der Getreidepreise. Es hat sich von Neuem bestätigt, daß der Körnerbau zur Zeit nicht rentabel ist. So hat der Landmann von der guten Ernte des vorigen Jahres keinen Vortheil gehabt. Dazu kamen auch hier die Einwirkungen der Zuckerkrisis. Zuckerrüben wurden reichlich geerntet, aber die Fabriken machten bei der Annahme derselben die größten Schwierigkeiten, verweigerten aus den geringfügigsten Anlässen die Abnahme oder verlangten durchweg so erhebliche Abzüge, wie nie zuvor. Auch suchten die Rohzuckerfabriken ihre Campagne nach Möglichkeit abzukürzen. Ebenso fürchtet man in den Zuckerraffinerien auf die Dauer nicht in der Lage zu sein, mit unverkürzter Arbeitszeit und ohne Verminderung der Arbeiterzahl den Betrieb fortführen zu können. Unter diesen Umständen wird der Rübenbau, falls nicht bald eine Besserung eintritt, kaum noch erfolgreich betrieben werden können und jedenfalls eingeschränkt werden müssen. Sind so die Landwirthe wiederum auf den Körnerbau angewiesen, so stellt sich erst recht

die Nothwendigkeit heraus, diesem denjenigen Schutz angedeihen zu lassen, welcher ihn ertragsfähig zu machen im Stande ist.

Wie aus dem Reg.-Bez. Köln geschrieben wird, klagen die Briquets herstellenden Braunkohlengruben über die Ansammlung nicht unbedeutender Vorräthe ihrer Fabrikate. Es scheint, daß mit der kürzlich stattgehabten Vergrößerung der Briquetfabriken der Absatz nicht gleichen Schritt gehalten hat. Im Gebiete des Erz- und Eisensteinbergbaues haben in letzter Zeit wieder Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen stattgefunden, welche in dieser Jahreszeit beim Mangel anderweitiger lohnender Beschäftigung doppelt schwer gefühlt werden. Auch in verschiedenen Maschinenfabriken wurden zeitweilige Beurlaubungen von Arbeitern vorgenommen, Beschränkungen der Arbeiterzahl konnten indessen bis jetzt vermieden werden. Die Hochöfen haben bis jetzt ihre Thätigkeit uneingeschränkt fortgesetzt. Auch einzelne in Spezialitäten arbeitende Fabriken, so eine Gasmotoren- und Geschloßfabrik erfreuen sich fortdauernd eines lebhaften Geschäftsganges. Die chemische Industrie hat keine Veränderungen erfahren und arbeitet theilweise mit einem wenn auch mäßigen Gewinn.

Aus dem Reg.-Bez. Köln wird uns geschrieben, daß die Geschäftsverhältnisse der Kölner Baumwollenspinnerei anscheinend fortdauernd günstige sind, dagegen sind die Bestellungen bei einer meist Strickgarne herstellenden Fabrik im vorigen Sommer gegen das Jahr 1883 erheblich zurückgeblieben, hauptsächlich weil wegen der immer mehr sinkenden Preise des Rohmaterials die Großhändler sich veranlaßt sehen, mit der Beschaffung größerer Vorräthe zurückzuhalten. In letzter Zeit haben allerdings die Baumwollenpreise wieder angezogen und steht eine weitere Steigerung zu erwarten; die Fabrikanten fürchten indessen, daß die bestehende Concurrenz und die allseitig überfüllten Lager eine Preiserhöhung für die fertigen Fabrikate in nächster Zeit nicht zulassen werden. Auch die auf Herstellung feinerer Tuche eingerichtete Wipperfürther Tuchfabrikation klagt über Mangel an Aufträgen, so daß einige Arbeiter entlassen, den beschäftigten die Arbeitszeit verkürzt wurde. Die Kunstwollenindustrie, welche im Kreise Gummersbach von 40 Firmen betrieben wird, auch im Kreise Wipperfürth und im Landkreise Köln vertreten ist, scheint dagegen unter leidlich günstigen Verhältnissen zu arbeiten. Das Garngeschäft freilich leidet gleichfalls unter den gedrückten Preisen, wenn es auch in den letzten Monaten etwas lebhafter war. Sehr stark war jedoch die Nachfrage nach Unterkleidern, Jacken u. s. w., so daß vielfach bis in die Nacht hinein gearbeitet werden mußte. Lagerbarräthe in diesen Artikeln waren überhaupt nicht mehr vorhanden, vielmehr gelangte Alles, was hergestellt wurde, sofort zum Versand. Die Sammtweberei liegt darnieder, theils wegen der in Frankreich eingeführten Admission temporaire des fils de coton, theils wegen der großen Ausdehnung der mechanischen Weberei. Es haben daher bereits Entlassungen unter den Handwebern stattgefunden, und allgemein ist die Arbeitszeit gegen früher um 10—20 pCt. verkürzt worden.

Der Druck der Schullasten auf die Gemeinden kommt in folgender uns aus dem Regierungsbezirk Köln zugehender Mittheilung über neue Schulbauten recht deutlich zum Ausdruck: In Fühlingen im Landkreise Köln wurde neuerdings das Schulhaus vollendet. Im Kreise Mühlheim a. d. Rh. sind die neuen Schulen zu Gronau, Wichheim und Volberg fertig gestellt und in Benutzung genommen, diejenigen zu Moikfeld und Jüendorf im Bau begriffen. Im Kreise Bergheim ist das Schulhaus zu Hemmersbach nahezu vollendet und wird binnen Kurzem bezogen. Die neuen Lehrerwohnungen zu Balkhausen werden noch im Laufe des Frühjahrs fertig gestellt. Im Kreise Gummersbach hat die Abnahme des neuen Schulhauses in Hoemel stattgefunden. Das Schulhaus in Hunstig ist vollendet, ebenso zu Gummersbach ein Zweiklassenschulhaus im Rohbau, gleichfalls ein solches zu Strombach. In der Stadt Bonn ist ein zweiter Anbau an die in der Heerstraße belegene Schule vollendet, in Beuel, Kreis Bonn, der Anbau eines fünften Schulsaales nebst Lehrerwohnung an die dortige Schule, in Berkum ein neues Schulhaus, welches bereits am 27. October v. J. in Gebrauch genommen wurde. Im Rohbau fertig stehen die Schulneubauten zu Euchenheim und Hummerzheim. In der Stadt Guskirchen ist das neue Schulhaus bis auf einige kleinere Arbeiten fertiggestellt und wird Ostern dem Gebrauch übergeben, im Kreise Waldbröl endlich das neue Schulhaus zu Schoenenbach unter Dach gebracht und nahezu im Rohbau vollendet.